

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 60 Pfg., von anwärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 15 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2848. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3250.

Nr. 23

Mittwoch, den 28. Januar 1920

11. Jahrgang

Erzbergers Zustand verschlimmert.

Berlin, 27. Jan. Der Zustand des Ministers Erzberger hat sich etwas verschlimmert. Die Temperatur ist auf über 37 Grad gestiegen. Der Puls ist sehr stark, etwa 120 Schläge. Der Schwächezustand dauert an. Der Minister ist sehr erschöpft und kann keinerlei Besuche mit Ausnahme des Herrn Unterstaatssekretärs Möhle empfangen. Er darf nur die allerdringendsten Geschäfte erledigen. Morgen findet eine erneute Beratung der behandelnden Ärzte, Professor Dr. Pleß und Professor Dr. Hildebrandt, statt.

Berlin, 27. Jan. Minister Erzberger hat die Nacht verhältnismäßig ruhig verbracht, die Wunde verursacht ihm große Schmerzen und verhindert jede Bewegung des Armes, um so mehr, als sich eine Blutgeschwulst gebildet hat. Die Röntgenaufnahme wird heute erfolgen. Im Anschluß an das Verhör des Verhafteten, Oltwig v. Hirschfeld, im Polizeipräsidium erfolgte sofort seine eingehende Vernehmung durch den Oberstaatsanwalt Krause von der Staatsanwaltschaft 1. In dieser Vernehmung hat der Täter im wesentlichen die Angaben wiederholt, die er bereits vorher gemacht hatte. Heute vormittag ist er dem Untersuchungsrichter in Moabit vorgeführt worden. Der Erzberger — Helfrich — Prozeß ist auf Freitag vormittag vertagt worden.

Verlängerung der Räumungsfristen.

Berlin, 27. Jan. (W. L. B.) Ueber die Räumung der Abtretungs- und Abstimmungsgebiete im Osten erfahren wir von amtlicher Stelle: Auf Ansuchen der Allierten, denen nach einer Note Clemenceaus die Entsendung von Truppen durch höchste Gewalten verzögert wird, sind die Räumungen um 5 Tage verschoben worden. Es beginnt deshalb die Räumung von Oberschlesien (Südostende Nikolai) statt am 25. 1. erst am 31. 1. Ob die Räumung des tschechischen Abtretungsgebietes des Hultschinerlandes auch um 5 Tage verschoben wird, also statt am 30. 1. erst am 4. 2. erfolgt, ist noch nicht ganz geklärt. Der Vormarsch der Polen im polnischen Abtretungsgebiete soll am 31. 1. nördlich Berent eingeklinkt werden, damit die Bahn Danzig—Stolp für die Räumung von Danzig in unserer Hand bleibt. Die Räumung des Freistaates Danzig, Südtail (südlich der Stadt) muß statt des 1. 2. vormittags bis zum 6. 2. vormittags, die Räumung der Stadt Danzig statt am 4. 2. vormittags bis zum 9. 2. vormittags beendet sein. Die Räumung des Abstimmungsbezirks Marienwerder beginnt statt am 26. 1. am 31. 1. Von dem Abstimmungsbezirk Allenstein ist die südliche Zone Reidenburg, Johnnisburg und Syd bereits geräumt. Weitere Räumungen beginnen statt am 25. 1. am 30. 1. Das Abtrennungsgebiet Memel muß statt bis zum 14. 2. bis zum 19. 2. geräumt sein. Weitere Verzögerungen bei allen Räumungen sind nicht ganz ausgeschlossen.

Teilnahme Deutschlands am Völkerbund.

Cornavon, 26. Jan. Wie aus London gemeldet wird, beginnt der Völkerbund heute seine praktische Arbeit. Zum ersten Male werden deutsche Delegierte an den Beratungen teilnehmen. Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes, der im Rahmen des Völkerbundes geschaffen worden ist, wird zusammentreten, um die formalen Arbeiten, die sich auf der ersten Konferenz in Washington ergaben, zu behandeln und zu erwägen wie den Beschlüssen, die bezüglich des Achtstundentages, der Arbeit von Frauen und Kindern in den Fabriken, der Arbeitslosigkeit, des Wöchnerinnenschutzes und der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren gefaßt worden sind, praktische Gestalt gegeben werden soll.

Ein Sozialistengesetz in Amerika?

Dem „Manchester Guardian“ wird aus New York gemeldet, daß ein Antrag in der gesetzgebenden Körperschaft der Vereinigten Staaten oder in einer ihrer Kommissionen — genau geht das aus dem vorliegenden Bericht nicht hervor — durchgeprüft wurde, nach dem alle Sozialisten der gesetzgebenden Versammlung suspendiert und alle Mitglieder der sozialistischen Partei von sämtlichen Ämtern ausgeschlossen werden sollen. Der Antrag soll von einigen wenigen Personen vorbereitet und dann in einer Sitzung durchgeleitet worden sein, der man keine Zeit zur Überlegung ließ, und die nicht imstande war, etwas gegen den herrschenden Wahnsinn zu tun.

Das englische liberale Blatt fährt fort: „Die Sache wird von allen als eine nützliche Warnung angesehen. Sie hat eine starke freisinnige Gegenaktion hervorgerufen und allerlei Menschen die Augen geöffnet für die Gefahren, die den Vereinigten Staaten drohen. Jedoch bezweifle ich, ob diese Bewegung stark genug sein wird, und ich bin nicht ganz sicher, daß die Suspendierung aufgehoben werden wird. Bleibt sie bestehen, so wird die sozialistische Partei im ganzen Land ausgegriffen werden. Die ungenügende Bestrebung geht dahin, dem Worte Sozial-

mus dieselbe Bedeutung zu geben wie dem Worte Bolschewismus. Wenn das erreicht ist, wird man versuchen, alle Verbreitung von Gemeinheitsinteresse als Sozialismus zu verächtigen. Zum erstenmal hat die Reaktion jetzt einer organisierten Partei amerikanischer Bürger den Krieg erklärt. Alle Unterdrückungen in großem Maßstabe trafen bisher nur Ausländer.“

Wir haben schon mehrmals ausführlich über die Verhält-

nisse in der amerikanischen Arbeiterbewegung berichtet. Die englische Nachricht bestätigt unsere Meinung über die Pläne der reaktionären kapitalistischen Kreise in Amerika. Aber auch dort wird ein Ausnahmegesetz das Vordringen der sozialistischen Bewegung nicht hindern. Die amerikanischen Sozialisten sollten aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie lernen, die auch nicht durch das Schandgesetz im den Jahren 1878 bis 1890 vernichtet werden konnte.

Die Korruption im deutschen Zeitungsgewerbe.

Immer mehr bringen Nachrichten in die Öffentlichkeit, daß die Großindustrie sich anschickt, die öffentliche Meinung zu kaufen. Die Niederlage, die die alldeutsche Politik mit dem Friedensabschluss in Versailles gefunden hat, zwingt die Repräsentanten der Gewaltpolitik, dem deutschen Volke falsche Bilder vorzugaukeln. Einen Erfolg versprechen sie sich, nach dem Vorbilde des Auslandes mit dem *U n t a u s c h* z u e i t u n g e n, um so bequem und mit Erfolg ihre Geldsacksinteressen wahrnehmen zu lassen. So hat z. B. der Großindustrielle *S t i n n e s* die bedeutendste der Berliner Druckerellen von *W. B ü y e n s t e i n* gekauft und dazu die Aktienmehrheit der Königsberger Zellstoff-Fabrik und der Norddeutschen Zellulose-Fabrik erworben. In Süddeutschland ist die bedeutende „München-Augsburger Abendzeitung“ in deutschnationale Hände übergegangen und so wird das Blatt in Bayern den Gedanken der Erdrosselung der Freiheit und Demokratie noch schärfer betonen als bisher. Auch die hiesige „Danziger Zeitung“ war bekanntlich für einige Zeit in den Besitz ostpreussischer Industrieller übergegangen, deren erste Tat es war, den langjährigen Chefredakteur Dr. Herrmann, der manchmal noch demokratische Anwandlungen hatte, hinaus zu werfen. Jetzt ist das Blatt in den Besitz der Firma Ullstein-Berlin übergegangen. Ferner ist bei der Scherl-Gesellschaft ein Wechsel in der Generaldirektion eingetreten, indem an die Stelle eines Journalisten ein Kaufmann getreten ist, der — Ludwig Rißsch ist sein Name — die Aufgabe hat, alle Export-Zeitschriften unter einen Hut zu bringen. Weiter erfahren wir zu der Sache: Der Scherl-Verlag streckt auch seine Frankfurter auf die großen Organisationen der technisch-wissenschaftlichen Verbände aus, auf den sehr angesehenen Verein deutscher Ingenieure, den Verein deutscher Eisenhüttenleute, auf den Verband deutscher Elektrotechniker. Man glaubt in eingeweihten Kreisen, daß mit dem Wechsel des Verlagsdirektors bei Scherl auch die Entwicklung eines sehr intimen Verhältnisses des Scherl-Konzerns mit der bedeutendsten Firma des illustrierten deutschen Zeitungsvorlages *S. J. Weber* in Leipzig zusammenhängen dürfte. Der deutschen Großindustrie werden alle diese und die vielen anderen ähnlichen Pläne sehr teuer zu stehen kommen, denn wir wissen, daß die Vertreter des Entente-Kapitalismus, hinter denen die Regierungen der Entente stehen, mit sehr großen deutschen Zeitungsvorlagen wegen des Ankaufs verhandeln. Es ist die allerpeinlichste Aufmerksamkeit der deutschen Politiker, ja aller Zeitungsleser, der Entwicklung des deutschen Zeitungswesens gegenüber heute mehr als je am Platze. Der Unfug, daß Organe der öffentlichen Meinung nicht Partei, sondern Privatbesitz sein dürfen, führt zu der für die ganze deutsche Politik verhängnisvollen Möglichkeit, daß der gegenrevolutionäre Großkapitalismus auf der einen und die Entente auf der anderen Seite sich der wichtigsten Mittel, die öffentliche Meinung in Deutschland zu beeinflussen, bemächtigen können.

Es gehört wohl nicht viel Ueberlegung dazu, um zu erkennen, daß hier sehr schwerwiegende Dinge vor sich gehen. Die Blutmilliarden, die die Kriegsmateriallieferanten aus der Not des deutschen Vaterlandes gezogen haben, sollen jetzt Verwendung finden, alles das rückgängig zu machen, was die Revolution dem Volke an Freiheiten gebracht hat. Die Vorherrschaft des Kapitals, die einseitige Steuerbelastung des Volkes soll wieder herbeigeführt werden. Die Verantwortung für die Monarchie, für die Verantwortung des Volkes, damit es wieder das werde, was es war: Das geduldige, wehrlose Schaf, das sich von einer kleinen Clique nach allen Regeln der Kunst scheren und schröpfen ließ. Den Geldsacken passen eben die politischen Verhältnisse nicht, die sie zwingen, selbst mit zu tragen an dem, was sie dem Volke einst einbrachten. So suchen sie denn in größtem Stille durch systematisch ausgebauten Schwitzel das Volk in seinen Anschauungen zu beeinflussen, damit es bei den nächsten Wahlen von Herren von ehemals in den Sattel hilft. Dazu werden sie aber reiten und alles niederreißen, was die Verfassung dem Volke verbürgt. Die Selbstbestimmung des Volkes, die direkte Gesetzgebung durch das Volk wären gemessen. Um dieses zu erreichen, wird von der Großindustrie die Presse gekauft. Sie soll ein wirksames Mittel zur Knechtung werden, auf daß der Obrigkeitstaat wieder errichtet werden und die unbeschränkte Macht der Geldsäcke wieder triumphierend walten kann.

Zu den Erscheinungen, die durch die Bestrebungen der Reaktionäre hervorgerufen werden, die Presse ganz in ihren Bann zu zwingen, paßt wieder vorzüglich, was einst der alte Liebtucht in einer Agitationsnummer des „Volksstaat“ 1878 über die damalige Presse schrieb. Da heißt es:

„Die Presse ist die große Fabrik, die die öffentliche Meinung“ anfertigt; und zugleich der Nürnberger Trichter, durch die die öffentliche Meinung“ in jeden einzelnen Schädel hineingegossen wird. Sie ist die Krone des Volkes, das sie mit

dem Brei der von ihr zurechtgekokelten Gedanken und Gefühle aufspießt. Mächtiger als der konstitutionelle Fabel-König, der nur regiert, aber nicht herrscht, führt die Presse ein unbeschränktes Zepter: sie herrscht und regiert; und der stolze, vollerschämteste, freiheitsfeindliche Despot erkennt ihre Gewalt an, beugt sich vor ihr. Aber wie übt die Presse ihre Macht aus? Im Interesse der Gesamtheit? Um das Volk aufzuklären und zu bilden? Sucht sie die Schäden in Staat und Gesellschaft zu heilen? Ist sie die Rächerin des beleideten Rechts? Reicht sie die Hand dem Unterdrückten? Erhebt sie das Schwert gegen den Unterdrücker?

Nein, und nochmals nein!

Nimmt die Zeitungen durch, wie sie euch vorkommen: Regierungsorgane, offizielle und offizielle — fortschrittliche Blätter, liberale, freikonserervative, konservative, ultramontane. Was findet ihr darin? Was bieten sie euch? Die einen verherrlichen den Staat, der euch knechtet und ausraubt; die anderen singen Psalmen auf die Gesellschaft, die euch an die Gaskammer des Ciends und der Lohnsklaverei angeschmiedet hat; die dritten streuen Wehrauch der Kirche, die seit mehr als anderthalb Jahrtausenden das Volk in Unwissenheit und Knechtlichkeit zu erhalten bemüht gewesen ist. Unterirdisch, aber oft unheimlich, sind diese Organe des Staats, der Gesellschaft, der Kirche stets einig, so oft es gilt, den Anstrengungen des Volkes zu seiner Befreiung von dem dreifachen Joch des Staats, der Gesellschaft und der Kirche entgegen zu treten.

Keine Niedertracht, die die Presse nicht für Hochsnüseligkeit auszugeben; kein Verbrechen, das sie nicht zu einer großherzigen Tat unzulänglich bereit wäre; kein Schand, dem sie nicht den Vorbehalt des Ruhmes oder den Anspruch der Bürger-tugend aufs Haupt setzte, — wenn es ihr zweckdienlich erscheint, denn „der Zweck heiligt das Mittel“, und der Zweck ist: Staat, Gesellschaft, Kirche mit allen herrschenden Missethätigkeiten zu erhalten und zu stärken. Was diese Presse gestern erhöhte, das zieht sie heute in den Staub; was sie gestern in den Staub zog, hebt sie heute zu den Sternen. Vor dem Abenteuer, den sie gestern mit Füßen trat, weil er ein verlorenes Spiel zu sein schien, liegt sie heut, da Fortuna ihm gelächelt, wieder auf den Knien, um morgen, hat die launische Glücksgöttin ihm den Rücken gekehrt, ihr Eintagsideal wieder in den Kot zu zerren.

Der Moloch des Krieges verschlingt Hunderttausend — „heiliger Krieg! Ruhmvoller Sieg!“ trompetet die Presse. Sei stolz, Volk, daß deine Söhne auf das Schlachtfeld gehen werden! Daß ihnen die Brust von tödlichen Blei durchbohrt, daß ihnen der Schädel von Granatspitzen zerhackt, der Arm durch Säbelhiebe gelähmt wird, daß sie mit der Giftluft des Hospitals Stiechtum und Tod einatmen — himmlisches Vergnügen, ewige Ehre! — Ebenso himmlisches Vergnügen und ebenso ewige Ehre als den Bildern aus dem Nachbarland, die in anders gefärbte Uniform gekleidet worden, um sich daselbst himmlische Vergnügen, dieselbe ewige Ehre zu bereiten!

Das arbeitende Volk quält und schindet sich in ungesunden Fabriken, in verpesteten Werkstätten, um mit feinem Schweiß und seinem Lebensblut die Blicklichen zu mästen, die durch Zufall oder schlaueste Geistes- oder gewöhnliche Ausbeutung ihrer Mitmenschen in den Besitz der zur kapitalistischen Produktion nötigen Arbeitsinstrumente gelangt sind — es wird immer und immer während die für die Arbeit und die Arbeit nicht oder nur leicht arbeiten, reicher und reicher werden; es hat kein trauriges Familienleben, die Frauen müssen im zartesten Alter dem nimmermatten Kapital in den Rücken geworfen werden; die Frau wird des Mannes Mistklovin, seine Konkurrentin, und nach sich in das hässliche Joch spannen lassen, statt ihrer Häuslichkeit vorzustehen — Häuslichkeit! Leeres Wort für den Arbeiter! Grausamer Hohn! Er hat keine Häuslichkeit, so wenig er eine Familie, so wenig er Eigentum hat.

Und die Presse — zieht sie diese Greuel, diese Missethate ans Licht?

In berebten Worten schildert Liebtucht hier die Macht der Presse und wie sie ausgenutzt wurde in damaliger Zeit. Deutschnationales und völksparteiliches Stimmgeläch soll auch heute der Arbeiter wieder werden, um eine „gesunde“ Politik einleiten zu helfen — gesund insofern, daß der Geldbeutel der Besitzenden gefüllt wird und der Arbeiter keine Gleichberechtigung verliert. Das ist der ganze Zweck der großindustriellen Zeitungsaufträge. Daher Arbeiter, Anzeigekäufer und Beamte, aufgepaßt! Arbeitet mit ganzer Kraft für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Presse, die von euch selbst geschaffen und eure Interessen vertritt. Laßt euch auch nicht irre-machen durch das Geschrei der Unabhängigen, die durch ihre Versplitterungsbestrebungen nur die Kraft des Proletariats lähmen. Benutzt die nächste Seite zur Agitation für die

Die kaukasischen Republiken.

Der Oberste Rat hat endlich einmal einen Beschluß gefaßt, der von der Demokratie der gesamten Kulturwelt freudig begrüßt werden dürfte: Nach einer Havasmeldung hat er die staatliche Unabhängigkeit der transtaukasischen Republiken Georgien, Armenien und Aserbeidschan anerkannt. In eingeweihten Kreisen war es schon seit mehreren Wochen bekannt, daß Amerika, Italien und England sich entschlossen hatten, die Anerkennung auszusprechen; bloß Frankreich sträubte sich damals noch dagegen — Herr Clemenceau mochte es wohl schwer fallen, einen Schritt zu tun, der die zaristische Reaktion zuwiderliefe. Ausschlaggebend dürfte bei dieser Beschlußfassung wohl auch für Frankreich die Niederlage der Denikinischen Truppen gewesen sein. Schaltet Denikin als Verbündeter aus, wäre es ja für die Entente doppelt unflug, den Randstaaten — insbesondere den transtaukasischen Republiken, die der Roten Armee den Weg nach dem wohlbehüteten Indien versperrten — ihr elementarstes Recht weiter vorzuenthalten. In den Völkern treten somit drei neue Glieder ein: das georgische, das armenische und das tatarische Volk. Die Georgier und Armenier gehören zu den ältesten und begabtesten Kulturvölkern, die die Erde trägt. Sie blicken auf eine mehrere Jahrtausende lange Existenz zurück und haben als Zeitgenossen der Ägypter, der Meder und der Ägypter wie diese ihr Teil zum Kulturaufbau der Menschheit beigetragen. Sie haben einen überaus jähen Kampf um ihre Eigenart geführt, haben sich allen brutalen Gewalten und unermesslichen Gefahren zum Trotz siegreich erhalten und stehen nun in verjüngter Kraft ungebunden und aufrecht da — in den heutigen trüben Tagen wahrlich ein herrliches Bild!

Die georgische Republik umfaßt zirka 100 000 Quadratkilometer mit 3 1/2 Millionen Einwohnern. Das Land besitzt gewaltige Bodenschätze an Mineralien und Erzen, Tabak- und Teeplantagen, eine hochentwickelte Baumwoll-, Seiden- und Weinkultur usw. Zudem ist Georgien in hohem Grade befähigt, auf leicht zugänglicher Meeresstraße über seine ausgezeichneten Häfen Batum und Poti das Bindeglied zwischen dem Orient und dem Okzident herzustellen. Auch die Naturschätze Sibiriens kann es dem Weltmarkt erschließen: der Schienenweg von den Ausfuhrzentren Sibiriens nach Batum und von da über die Meere in die weiten Länder hinaus ist kürzer als die frühere — heute überhaupt lahmgelegte — Ausfuhrstraße über den Ural nach der Ostsee.

Die tatarische Republik Aserbeidschan umfaßt die östlichen Teile des Kaukasus, das Naphthagebiet Batu eingeschlossen, mit 3 Millionen Bewohnern. Die Republik Armenien ist einschließlich Türkisch-Armenien weit ausgedehnter als ihre beiden Schwesterrepubliken, hat aber bloß 2 Millionen Bewohner.

Den transtaukasischen Republiken ist es in bedeutend höherem Maße als den übrigen Randstaaten gelungen, im Innern das schleichende Gift des Anarcho-Bolschewismus zu überwinden — und zwar ohne Anwendung brutaler Gewalt. Georgien weist bereits eine stabile Staatsordnung und eine feste Regierung auf, welche letztere in idealster Vollkommenheit aus der Demokratie hervorgegangen ist und ausschließlich aus Sozialdemokraten besteht. Wo noch vor weniger als zwei Jahren türliche Bomben Feld und Wald und Bergwerke verwüsteten und eine hochentwickelte Kultur in Trümmer schlugen, wogen heute von neuem goldige Kornfelder, schlägt der Hammer, gräbt und schaufelt emsig Bauer und Arbeiter.

Das alte Sprichwort: „Es gilt kein Prophet in seinem eigenen Lande“ hat sich in Georgien glücklicherweise nicht bewährt. Die bedeutendsten Führer der russischen Revolution in ihrem Anfangsstadium (März bis September 1917) die Georgier Tschcheidse, Tschernski, Tereteli u. a., die die entschiedensten Gegner des Bolschewismus waren, diesem aber das Feld räumen mußten, — wurden in ihrer engeren Heimat mit Freuden begrüßt. Was ihnen in Petersburg mißlang — in Georgien wurde es dank ihrem tatkräftigen Eingreifen verwirklicht. Und so steht heute Georgien arbeitsfreudig und mutig vorwärtsschauend allen leidenden Völkern des ehemaligen Zarenreichs als lebendiger Beweis vor Augen, daß nur der Bewußtsein und der Tatkraft der Demokratie die Wege zu einer Bessergestaltung des Lebens nicht versperrt sind.

Den kaukasischen Völkern zu ihrer staatlichen Unabhängigkeit ein herzliches Glückwuns!

Deutschland.

Die wahren Ursachen unserer Niederlage.

Während in den deutschnationalen Blättern Generale und Obersten nicht müde werden, der Heimat die alleinige Schuld an unserm militärischen Zusammenbruch zuzuschreiben, wohlverstanden, der Heimat und der Revolution, scheint sich doch in gewissen Kreisen des Offizierkorps der Drang nach einer nüchternen und phrasenlosen Darstellung der inneren Ursachen des Zusammenbruchs zu regen.

In dieser Hinsicht ist eine soeben im Fernverlag erscheinende Schrift eines Frontoffiziers von spannungsvoller Bedeutung, die unter dem Titel „Der Weg zur Wahrheit“ zeigt, wie sich mit innerer Notwendigkeit das allgemeine Führertrauen der Truppe in einen förmlichen Führerhah verwandelte. Der Verfasser, der scharflich in den Kreisen unserer hohen Militärs zu sehen ist und nun wohl bald von dem Herrn Oberst Bauer und ähnlichen Historiographen des Krieges „abgetrennt“ werden wird, betont nachdrücklich, daß der Krieg rein militärisch verloren wurde, daß der Kriegsausgang mit der Revolution nicht das mindeste zu tun hat.

Was waren nun die Gründe der Niederlage? Unter Frontoffizier sieht sie in dem Verlassen der Führerorganisation und in dem Wankel an jeder psychologischen Stellung zwischen den obersten Heeresstellen und dem Kerne der Truppe. Unsere Generale waren größtenteils veraltet und kenneten die Truppe nicht. Die Generalstabsoffiziere, die eine abgeschlossene Kaste mit großer Selbstbewußtheit bildeten, waren ähnlich truppenfremd und tauschten nicht nur sich selbst, sondern, was weiters verhängnisvoller war, die durch sie orientierte Oberste Heeresleitung über die wahre Stimmung der Truppe, über die ihr unbegreifliche Optimismus regelmäßig ganz falsch berichtete. So blieben die Führer des Heeres leider ohne jede Fühlung mit der Truppe. Weiter legt der Offizier u. a.:

Was aber das schlimmste war, ist, daß man das Gerechtigkeitsgefühl von Front und Heimat nicht betriebligte. Man suchte das Scheitern und den schamlosen Kriegsgewinn und strafte nicht. Man stellte jeder Gemeinheit vor

ein Beispielgericht, der, vom Urlaub kommend, in dem Winter, warr der französischen Bahnen seine Truppe nicht gefunden hätte. Aber wo blieb das Todesurteil gegen den General, der dem Pour le mérite zuliebe seine Soldaten unanständig opfert hatte. Wo wurde der General mit solchem Abschied entlassen, der seine Söhne in den eigenen Stab nahm? Aus dem Schmutz oben ist jetzt unser Schiebertum und unsere Demoralisation entstanden, nicht aus der Revolution.

Wenn man von dem Dolch im Rücken spricht, so ist das ein falsches Bild — es war die Führung, die der Armee das Rückgrat gebrochen hat. Die Front stand dem Feind und verlagte bis zum letzten Augenblick vor dem Waffenstillstand in ihrem Pflichtum nicht, in ihrer Kraft ja.

Wir haben den Krieg verloren, weil der Führer verlagte. Weil man sich oben in den hohen Kommandostellen nicht um die Stimmung des Volkes und der Truppe kümmerte und sie durchweg falsch beurteilt hat.

Das schreibt ein Offizier. —

Drei Jahre Festsung für den Wendeführer.

Im Prozeß gegen den Wendeführer Barth wurde Mittwochs, mittags 1 Uhr, vom Reichsgericht das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde wegen versuchten Landesverrats und versuchter Anstiftung zum Briefschmuggel zu drei Jahren Festungshaft und Verlust seiner Ämter verurteilt. Von der erlittenen Unteruchungshaft werden drei Monate auf die Strafe angerechnet. In der sehr eingehenden Urteilsbegründung gab der Präsident eine kurze historische Darstellung von der Bewegung der Lausitzer Wendem, deren Hoffnungen auf Erlangung staatlicher Selbstständigkeit oder mindestens eines nationalen Verwaltungsbereichs durch die Erörterungen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker genährt worden war. Vielen Bestrebungen hatte der Angeklagte sich angeschlossen und sich dadurch strafbarer Handlungen in zwei Fällen schuldig gemacht. Die erste strafbare Handlung besteht darin, daß Barth am 10. März 1919 in Bautzen den Reichsbefehl zur Hinführung eines Briefes über die Grenze an einen ausländischen Staatsmann und Militärbevollmächtigten ohne behördliche Verriegelung veranlaßt hat. Mit diesem Briefe bewachte er zur Abwendung einer vermeintlichen Gefahr für seine Stammesgenossen beizutragen und feindliche Truppenkörper in die Lausitz zu ziehen, wodurch der feindlichen Kriegsmacht Vorschub geleistet worden wäre. Dieser Briefschmuggel ist nicht gelungen und es ist damit beim Versuch geblieben.

Die zweite strafbare Handlung ist in einem Gesuch erkannt worden, das der Angeklagte am 13. April 1919 in Paris mit dem Vertreter des deutschfeindlichen Blattes „Matin“ abgab und in dem er diesem eine Reihe von teils willkürlich erfundenen, teils wahren, aber aufgeschwulsteten Angaben über erneute Bestrebungen Deutschlands in bezug auf Kriegsrückfragen gemacht hat, in dem er dadurch ein Wiederanknüpfen des Krieges zu erreichen hoffte und seinen wendischen Landsorten durch reiches Eingreifen feindlicher Heere zu nützen trachtete. Zu Gunsten des Angeklagten sprach, daß die Triebfeder seines Tuns nicht nur die Wahrnehmung von Parteinteressen war, sondern er sich schon seit Jahrzehnten zur Hebung des wendischen Volkstums einsetzte hat, und daß er in seiner Vernehmung die Gefährlichkeit seines Tuns unter schätz hat. — Der Angeklagte hat durch den Verteidiger bei der Oberreichsanwaltschaft seine vorläufige Haftentlassung beantragt.

Unverfrorenheit — dein Name U. S. P.

Die Abgeordneten Braß und Frau Agnes haben an die Reichsregierung eine Anfrage gerichtet, die in der Forderung gipfelt, daß in Düsseldorf jene Arbeiter, die infolge des Kohlenmangels zu Feiertagen gezwungen sind, aus Reichsmitteln entschädigt werden. Die Rückstimmung der Arbeiter sei obnehin „bis zur Unerträglichkeit gesteigert“, und aus der Verweigerung einer Entschädigung drohten ernste Komplikationen zu entstehen.

Es gehört eine starke Portion Unverfrorenheit dazu, wenn Unabhängige eine solche Anfrage stellen. Ein Jahr hindurch und noch länger untermüht hat die mit den Kommunisten eng verbündeten niederrheinischen Unabhängigen das Kohlengebiet gerade Düsseldorf ist ein Herd jener gewissenlosen und verbrecherischen Wählerarbeit, die die Produktion stets aufs Neue unterbricht, die Förderung immer wieder herunterdrückt und damit hunderte Tausend und Millionen Arbeiter, die ohne Kohlen nicht leben können, mit Ernährungsnot und Hunger bedroht. Diese Elemente sind es zudem, die für den Verobas die sofortige Sachschluß und den Schluß erzwingen wollen, womit das Elend der deutschen Arbeiter namenlos vergrößert werden würde. Dieselben Elemente sind es, die einen großen Teil unseres Versteckens, also der unzureichenden Kohlenzufuhr, auf dem Gewissen haben.

Unter Mitleid den Arbeitern, die die schuldlosen Opfer der unabhängigen-kommunistischen Zerstückelung der deutschen Volkswirtschaft sind — unter Furcht aber den verbrecherischen Bürgern, die in satanischer Rast alles zertrampeln, was unter armes gequältes Volk wieder aufzurichten unternimmt! Die Anfrage der unabhängigen Abgeordneten ist eine freche Verhöhnung der eigenen Opfer.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft.

In der Preussischen Landesversammlung beschäftigte man sich gestern mit der Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Dazu erklärte Landwirtschaftsminister Braun: Wir stehen am Anfang des Jammerdaseins, das uns durch den Krieg begeben ist. Wenn ich jetzt alle Hebel in Bewegung setze, um der Zwangswirtschaft zu helfen, so tue ich das auch im wohverstandenen Interesse der Verbraucher. Die Zwangswirtschaft ist notwendig deren Einführung war, hat nur produktionshemmend gewirkt. Die Landwirte haben im Kriege gute Geschäfte gemacht, aber jetzt kommen sie bei der hohen Preissteigerung für alle Bedarfsartikel nicht auf die Rechnung. Dieser Zustand kann nicht auf die Dauer aufrecht erhalten bleiben. Wenn man sicher ist, daß man wieder zu normalen Verhältnissen kommen mag, dann muß man doch auch einmal mit der Beseitigung der Zwangswirtschaft den Anfang machen. (Sehr richtig!) Wir müssen die landwirtschaftliche Erzeugung mit allen Mitteln heben. Das geeignete Objekt für den Anfang mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft scheint mir der Zucker zu sein. Bei der jetzigen Wirtschaft werden wir bald Zuckerarten, aber keinen Zucker haben. Jetzt gilt es zu produzieren, aber nicht zu konsumieren. Wir müssen noch mehr Arbeiter aus den Städten aufs Land bringen. Das Koalitionsrecht muß auch dem Landarbeiter voll gesichert werden.

Reaktionäre Kampfsparole.

In der ultrareaktionären „Post“ formuliert in überaus scharfer Form Oberbürgermeister Meß aus Götting die Forderungen der immer mächtiger werdenden Rechten. Unter der Überschrift: „Was tun?“, „Drei Fragen an die Regierung“ verlangt er:

Rücktritt der Regierung.

„Die jetzige Regierung genießt kein Vertrauen im Volke.“

Abbau der Löhne und der Erwerbslosenunterstützung.

Zusammengefaßt werden alle Forderungen noch einmal im letzten Absatz des Artikels, den wir wegen seiner Eindeutigkeit wörtlich zitieren:

Ein Befreier aus dieser Not, auch wenn der in der Gestalt eines Diktators austräte, der die wilden Streiks mit Gewalt unterdrückte, der den Achtstunden Tag aufhöbe, so lange die Arbeit es fordert,

der die Erwerbslosenunterstützung auf die dringlichsten Fälle und geringe Summen beschränkte, der Löhne und unter Aufhebung der Zwangswirtschaft die Lebensmittelpreise unter Androhung scharfer Strafen, die unweigerlich vollstreckt würden, senkte, der die dem Feinde auszuliefernden Personen mit starker Hand schützte, der in die Seelen der Jugend den festen Willen „veranterte“, den Schmachfrieden von Versailles bereinst zu beseitigen,

der an unsere alten preussisch-deutschen Traditionen wieder anknüpfte und die Beamtenwelt wieder mit dem alten Geist erfüllte,

der die neu zugewanderten Ostjuden aus dem Lande triebe und das deutsche Volk vor dem weiteren Zustrom dieser meist unsauberen Elemente bewahrte,

dem würde wohl unsere jetzige Regierung, weil sie vor ihm wie Spreu im Wind verwehte, fluchen, die große Menge des Volkes aber würde, sobald er sich durchgesetzt, zujubeln, denn das Volk in seiner Mehrheit will deutsche Ordnung, Sicherheit, Freiheit, ruhige Arbeit, Gerechtigkeit. Dies alles kann ihm die jetzige Regierung nicht schaffen. Darum hat sie keine Existenzberechtigung.

An Deutlichkeit läßt diese Sprache nichts zu wünschen übrig. Die Herren scheinen sich schon sehr stark zu fühlen. Inzwischen aber wird durch die Schuld der Unabhängigen das Proletariat immer mehr zersplittert und dadurch in seiner Aktionsfähigkeit geschwächt.

Ausscheiden der Mehrheitssozialisten aus dem Leipziger Arbeiterrat.

Wie uns aus Leipzig gemeldet wird, hat die Fraktion der Mehrheitssozialisten ihre Mandate zum Leipziger Arbeiterrat niedergelegt. In dem Beschluß heißt es darüber u. a., daß der Hauptausfluß des Leipziger Arbeiterrats als Zentralausfluß für die zu errichtende unabhängige kommunistische Betriebsräte-Organisation eingesetzt wurde. Seit dem Tage werde der Arbeiterrat mißbraucht zur Förderung einer Organisation, die offensichtlich auf eine Zerstückelung der Gewerkschaften hinfiele. Er verlasse damit den Boden seiner eigentlichen Tätigkeit. Die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion, die auf dem Boden der wirtschaftlichen Betriebsräte stehe, lehne deren einseitige politische Ausnützung, gleichviel ob nach rechts oder links, ganz entschieden ab.

Polen.

Bevorstehende Ernennung des polnischen Gesandten für Berlin.

Berlin. Wie der Ost-Dienst aus sicherer Quelle erfährt, steht die Ernennung des polnischen Gesandten für Berlin bevor. Die Entscheidung über die Person des Gesandten wird nach der Rückkehr des Außenministers Patek nach Warschau, die in diesen Tagen erfolgt, getroffen werden.

Französischer Einfluß in Polen.

Genf. Auf die Initiative des in Warschau erscheinenden Journal de Pologne hin werden eine Reihe hervorragender französischer Politiker, Schriftsteller und Publizisten in Warschau Vorlesungen über die polnisch-französischen Beziehungen, den Geist des heutigen Frankreich und über Frankreich im Kriege halten. Zunächst werden Barres, Lichtenberger, Funch, Brentano, General Castelnau und Baubillart in Warschau eintreffen.

Befehung der Ukraine durch polnische Truppen?

Rumänischen Blättern zufolge beauftragte die Entente Polen mit der Befehung der Ukraine. Polnische Truppen sollen Kiew besetzen. Zum Oberbefehlshaber der Besatzungsarmee soll General Rozwadowski ernannt werden.

Letzte Nachrichten.

Neue Ententenote wegen Auslieferung des Erzkaifers.

Paris, 27. Jan. Die holländische Note wegen Auslieferung des Kaisers wurde in der heutigen Morgenkonferenz der Botschafterkonferenz besprochen. Die Vorberatung einer Antwortnote, in der neuerdings auf der Auslieferung beharrt werden soll, wurde einer juristischen Sachverständigenkommission beim französischen Ministerium des Auswärtigen übertragen. Die Antwortnote wird Freitag fertiggestellt sein. Man erwartet, daß ein Vertreter der Allierten sie der holländischen Regierung in der nächsten Sitzung der Botschafterkonferenz am Montag übermitteln wird.

Der Eisenbahnstreik in Italien.

Mailand, 27. Jan. Wie „Corriere della Sera“ meldet, sind verschiedene Attentate gegen fahrende Züge vorgekommen. Die Eisenbahner haben ein Schiedsgericht abgelehnt. „Secolo“ meldet aus Rom, daß die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Eisenbahner und der Regierung einen günstigen Verlauf nehmen. Die Auszahlung der Löhne für die Streikende war von der Regierung abgelehnt worden.

Lokales.

Die Bildung der heutigen Welt.

Von Arno Nadel.

Arbeiter, Menschen.
Rehmt die Bildung der heutigen Welt
nicht erst.

Die Geschichte, —
Sie wird anders werden.
Die Geographie, —
Sie wird anders werden.
Die Philosophie,
Die Religion, —
Alles, allen guten Geistern sei Dank! —
Wird anders werden.
Nur die Güte
Von Mensch zu Mensch,
Von Volk zu Volk,
Von Einzelnen zu Allen,
Die wird, ist sie erst erlangt,
Nicht mehr — anders werden.

Die Danziger Frühjahrsmesse.

Ueber die Danziger Frühjahrsmesse sind Gerüchte im Umlauf, die geeignet sind, Aussteller und Besucher ungünstig zu beeinflussen. Die Messeleitung teilt uns mit, daß durch die Befreiung Danzigs durch Entsetztruppen die Messe in keiner Weise gestört wird. Von polnischer Seite ist erklärt worden, daß alles geschehen soll, um der Danziger Frühjahrsmesse, an der Industrie und Handel Polens großes Interesse haben, zu einem vollen Erfolg zu verhelfen. Die Danziger Frühjahrsmesse findet also unter allen Umständen vom 18. bis 26. Februar statt. Durch den inzwischen inkraft getretenen Friedensvertrag ist eine Ueberwachung der neuen deutsch-polnischen Grenze bei Königsberg und bei Neustadt notwendig geworden. Den Ausstellern und Besuchern der Danziger Frühjahrsmesse sollen aber alle Erleichterungen gewährt werden, die unter den jetzigen Umständen möglich sind. Auf den Besitz eines Passes wird vielleicht ganz verzichtet werden. Die gemauerten Durchschneidungen werden in ganz kurzer Zeit bekanntgegeben, da über diese Frage noch Verhandlungen mit der polnischen Regierung schweben. Eine Wahnsperte, die den Abtransport der Messesgüter hindern könnte, besteht nicht und ist auch nicht in Aussicht genommen. Alle in Frage kommenden Behörden sind dringend gebeten worden, die Messesgüter beschleunigt befördern zu lassen.

Kleingärten mit Baumwirtschaft. Der Mieterverein vertritt in seinen Richtlinien die Forderung nach Einrichtung von Kleingärten mit Baumwirtschaft und in seiner letzten Sitzung wurde diese Frage näher behandelt. Sie müsse als eine der dringlichsten Forderungen betrachtet und sofort mit aller Kraft in Angriff genommen werden. Man war damit nicht zufrieden, daß der Magistrat in dieser Frage noch so wenig getan habe, obwohl die Verhältnisse geradezu danach schreien. Man müsse Kartoffelland und Gemüseland, Arbeit und Wohnungen beschaffen und dies alles erziele man zu einem Teil durch Einrichtung von Kleingärten mit Baumwirtschaft. Das dem Magistrat gehörige Zigarrenfabriker Gelände eigne sich für diesen Zweck in erster Reihe. Man könne sowohl vom Kinnertor, wie vom Knechtentor her eine Straße auf die Höhe hinaus anlegen und dort diese Kleingärten einrichten. Die Kleingärten müssen Baumreihen sein, und dem Kleingärtner ist zu gestatten, die Parzelle im Erbbaurecht zu übernehmen. Die Pflanzung sei dahin zu ändern, daß hier die größte Baufreiheit besteht. Jeder soll so bauen dürfen, wie es ihm wirtschaftlich möglichst wird und es ihm gefällt. Das Gelände dürfe nicht durch hohe Eisenbahn- und Kanalbauwerke verunreinigt werden. Wasserleitung wird natürlich eingerichtet. Die Wohnstraßen müssen mit einfacher Kiespflasterung hergestellt werden und die Kanalisation gebrauche man in einem Garten überhaupt nicht. Es gebe eine ganz neue und praktische Art von Gräben, die auf bequeme Weise eine gärtnerische Kultivierung ermöglichen. Als Baumaterial für die Reben und Kleingärtner könne Holz und Behn in Betracht. Diese Kleingärtnerausstattung sei gemüßigt gedacht. Gleichzeitige können sich hier zusammenliegende Parzellen anschauen, um sich eine Vorstellung zu machen und geeignete Nachbarschaft zu finden. Der Magistrat als Besitzer des Geländes müsse die Sache in jeder Weise unterstützen. Er müsse die Bauzeichnungen liefern, Typen von Haussteinen beschaffen, Baumaterial im großen einkaufen usw. Er könne sich zu diesem Zweck einer Kleingärtnergenossenschaft bedienen, die die Kleingärtner gründet. — Es wurde beschlossen, die Angelegenheit weiter zu betreiben und andere Organisationsformen zu einer Besprechung einzuladen. An die Stadtverordnetenversammlung soll herangezogen werden, um sie zu einem kräftigen Eingreifen ihrerseits zu veranlassen.

Planmäßiges Stättenrot. Die Danziger Fortbewegungsförderung mit allen Mitteln des planmäßigen Stättenrotens. Unternehmern beschaffen Sprungparvenen, mit denen die Stätten aus der Erde gesprengt werden. Das Holz wird dann geerntet und in diesem Zustande in den Handel gebracht. Stätten sind im Walde noch reichlich vorhanden.

Verband Westpreussischer Landwirte. Für den Bezirk der früheren Provinz Westpreußen ist ein Verband Westpreussischer Landwirte gegründet worden, der als private Organisation an Stelle der Westpreussischen Landwirtschaftskammer treten soll. Das Verbandsorgan ein Teil der Beamten und der Landwirtschaftskammer angeschlossenen Organisationen gehen auf diesen Verband über. Der Verband gehört von Danzig aus seine Wirksamkeit über das gesamte Gebiet zu entfalten.

Spiel und Bienen auf dem Ostmarkt. Die reiche Obsternte des vergangenen Jahres mocht sich überall und auch auf dem hiesigen Ostmarkt zeigen. Die Bienen sind noch reichlich vorhanden. Man kann sogar noch kleine Bienen kaufen.

1000 Mark für einen sportlichen Wandersperd. Auf Veranlassung des Reichswehrministeriums sollte ein hiesiger Sportklub „Freunde“ 1000 Mark auf dem Reichswehrministerium überweisen worden mit der Bestimmung, dafür einen Wandersperd für kriegsärztliche Sonderabteilungen mit dem Eisinger Sportvereins OS und dem Akademischen Sportklub Königsberg zu beschaffen.

Ein Schiedsrichter. Der Kaufmann Hugo Berg aus Köpenick in Berlin, der während im „Konfessionär“ anwesend gemacht und genannt worden ist, hatte sich einer hiesigen Firma gegenüber als Käufer der Firma Erber Danzauer in Hin a. l. Datum angegeben und für diese eine große Summe von Barm ausgezahlt. Bei dieser Gelegenheit hat er die Firma um ein Darlehen ersucht. Auf diese Weise soll es ihm in mehreren großen Städten gelungen sein, mehrere Kaufleute um größere Summen zu täuschen.

gen. Von der Firma Erber Danzauer wird Berg als ein gewöhnlicher Schiedsrichter bezeichnet.
B. wurde in einem Hotel ermittelt, festgenommen und dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Dem gestohlenen die Waise! Ein streulocher Handlungsgehilfe hat einem hiesigen Geschäftsmann eine 10-Liter-Korbflasche mit Spiritus zum Kauf an, die er von einem unbekanntem Mann in Stadtgebiet gekauft haben will. Der Unbekannte soll ein einjähriges Fuchswelb besessen haben. Da die Korbflasche mit Spiritus zweifelslos gestohlen ist, wurde sie beschlagnahmt.

Bei einem in Langfuhr wohnenden Schneidmeister wurde eine Schreibmaschine vorgefunden und beschlagnahmt. Der Schneidmeister will die Schreibmaschine von einem Unbekannten für 80 Mark gekauft haben. Es handelt sich um eine Schreibmaschine Mignon.

Eigentümer wollen sich in beiden Fällen bei der Kriminalpolizei melden.

Ein Glühweinsteller wurde am 26. d. Mts. mit 1 Ballen Stoff (blauer Flauch) in Langfuhr angehalten. Hundschiff gab er an, den Stoff von einem Metzger in Renzowwasser gekauft zu haben. Später gab er zu, den Stoff aus einem verschlossenen Eisenbehälter auf dem Bahnhof Salpe gestohlen zu haben. Der Eigentümer des Stoffes hat noch nicht ermittelt werden können.

Als gestohlen angehalten ist 1 Handschellen, bräunlich angefrischen. Derselbe befindet sich im 8. Polizei-Revier.

Der Tod und was dann! Ueber dieses Thema spricht am Donnerstag, abends 7 Uhr, Gewisse Dornrose im Singaal der Petrischule, Hansplatz. Der Referent wird nicht von himmlischen Freuden und Qualen der Hölle erzählen, sondern es soll zum Ausdruck kommen, wie die Wissenschaft über den Tod und das Unsterblichkeitsproblem urteilt. Es ist daher einem jeden Arbeiter und Parteigenossen der Besuch dieses Vortrages anzuempfehlen. Der Eintritt ist frei.

Geriichtsede.

Pferdehändler. Der Romteur Thomas B. in Danzig und der Marinewerksführer Albert E. in Stadtgebiet hatten sich vor der Strafkammer wegen Hehlerei zu verantworten. Der Frau Rittergutsbesitzer von A. in Rheinfeldt wurden zwei Pferde gestohlen. Es stellte sich heraus, daß B. in Stadtgebiet angeblich von einem Unbekannten diese Pferde gekauft hat. Dabei gab er sich als höherer Militärbeamter aus, der ein Vermögen von 170 000 Mk. besitze. Er verkaufte die Pferde für 4500 Mk. an E., der sie für 5700 Mk. weiterverkauft. Das Gericht gewann die Ueberzeugung, daß die beiden Angeklagten gewußt haben, daß die Pferde unweidmässig erworben waren, und daß sie sich somit einer Hehlerei schuldig machten. Die Hehlerei mußten aber scharf bestraft werden, denn sie ermöglichten gerade diese umfangreichen Diebstähle. Das Gericht verurteilte B. zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. E. erhielt ein Jahr Gefängnis.

Das Verlangen nach Kleidung und Wäsche. Die Not an Kleidung und Wäschestücken verführt zu manchen Unrechlichkeiten. Eine Sergeantin übergab der Oberbediensteten Emma M. in Danzig die Schlüssel zu ihrer Wohnung, damit diese die Möbel und andere Sachen zum Epibitor befördern lassen solle. Frau M. übernahm auch diesen Auftrag und benutzte die Gelegenheit, einige Kleidungs- und Wäschestücke für sich zu behalten. Das Schöffengericht verurteilte sie wegen Unterschlagung zu 100 Mark Geldstrafe.

Fleisch ohne Marke. Der Arbeiter Bruno G. in St. Albrecht kaufte im November 60 Pfund Schweinefleisch ohne Marke von Marken. Das Schöffengericht verurteilte ihn dafür zu 100 Mark Geldstrafe.

Aus dem Freistadtbezirk.

Den Kleinen fängt man, den Großen . . !

Aus St. Albrecht geht uns folgendes Zeitbild an:
Anfang dieses Monats war große Not bei dem Arbeitslosen Eduard W. eingetreten. Die Frau lag gelähmt und kam dar-nieder. Die Wohnung war schon seit etwa 14 Tagen nicht mehr geheizt worden. Zum Kaffeekochen war kein Stückchen Holz oder Kohle im Haus. Unter der drückenden Not schritt der Mann ein Stück Elendstreich, das wild am Herd der Rabanne wuchs. Hing war die Polizei da und beschlagnahmte das Holz, das einen Wert von 60 Pfennigen hatte. Der Knäuel wurde zum öffentlichen Verkauf auf den Schmitztag gefahren und zwar mittels Müllfahrwerk. Gegen den Mann und seinen Sohn aber wurde Anzeige wegen Diebstahls erstattet. W. ging nun zu dem Gemeindevorsteher von Gischau, der ihm das Holz gegen eine Gebühr von 50 Pfennigen abgab, da der Erlösstreich auf Gischauer Gebiet land. Aber alles nützte nichts. Das Holz wurde dem armen Teufel dennoch geraubt.

Was die Rechtsseite der Wende. Wie sieht es bei den Herren aus, die bis ins Järreffe entrückt sind über den „Verbrecher“?

Da ist Herr Järreffebesitzer H. Schneider, der in einer Zeit von 18 Wochen über 1000 Järreffe Kaugummi erhielt. Das das auf unweidmässige Weise geschah, ist des Erwährens nicht erst wert. Es ist übrigens auch von der A. St. 17. A. R. Hofen-gasse 89, und dem Brennstoffamt nachgewiesen worden. Aus ge-wissigen Umständen ersehen davon die Herren Polizeibeamten Gsch. 22, Franke 58, Reine 59 und Herr Bädermeister Bachhäuser 22 Jänner. Als das Brennstoffamt um Aufklärung über diese unweidmässige Kohlenlieferung gebeten wurde, gab es der Bescheid, die Kohlen seien auf Schleichhandelswegen hierher gelangt und solle Abgabe der Brennstoffamt verweigert werden. Sie seien sofort zu beschlagnahmen.

Die A. St. 17. A. R. teilte außerdem mit, daß die Firma Schneider am 6. Januar 20 vom Reichswehrministerium eine Bitte zum Ausfüllen erhalten habe, auf der angegeben war, wieviel Personen in den Betrieben beschäftigt seien. Herr Schneider setzte mit seiner Hand die Zahl 22 darauf. Gleich zur 8 Personen ist ihm Beschäftigung haben. Die vielen Kohlen? Nahtigall, ist für die Kohlen . . .

Arbeiterfreundliche Gemeindevorsteher

In einer der letzten Gemeindevorsteher-Sitzungen lag auch ein Antrag vor, einer unterstützungsberechtigten Frau die Rente zu erhöhen. Sie begehrt die „Mittlere“ Rente, was sagt und schreibt 4 Mark im Monat. Im Prinzip erklärten sich sämtliche Vorsteher mit der Erhöhung einverstanden, man wollte der Frau eine Zulage von 1 Mark pro Monat gewähren, 1 Mark im Monat, man beharrt . . . Auf die Erhöhung eines unserer Ver-lehler, der Frau doch wenigstens soviel zu gewähren, daß sie sich im Monat ein Brot mehr kaufen könnte wie bisher, sollte man nur ein Lichtgärtchen übrig. Parteigenossen! Arbeiter! merkt auch diese „Arbeiterfreundlichen“ Gemeindevorsteher und gebt ihnen bei der

nächsten Wahl den wohlverdienten Lohn. Wählt nur die von euch selbst aufgestellten Arbeitervertreter.

Offiz. Tagesordnung zur Versammlung der Gemeindevorsteherung am Donnerstag, den 29. Januar 1920, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Gymnasium. A. Öffentliche Versammlung: 1. Einführung eines Gemeindevorordneten, 2. Wahl der Armenkommission, 3. Aenderungen des § 6 der Ordnung betr. Erhebung eines Zuschlages zur Reichsgrundbesitzsteuer in der Gemeinde Oliva, 4. Annahme von Grundstücken betreffend die Prüfung von Kinematographenvorführen, 5. Einspruch eines Anliegers des Andolfiner Waldweges gegen Veranlassung zum Kanalbau, 6. Verpachtung von Gemeindegelände östlich der Eisenbahn Danzig-Zoppot. B. Geheimen Versammlung.

Gr. Kleinfrau. Der Wohnungsmangel macht sich auch in unserer Gemeinde bemerkbar. Trotzdem kann man bei den Besitzern noch viele Wohnungen leerstehend finden. Man bringt sie einfach nicht in Ordnung und entschuldigt dieses Verhalten mit der Anstrebe, daß keine Kohlstoffe zum Putzen vorhanden seien. Man könnte mit Bechtigkeit das Gegenteil beweisen. Der Hauptgrund liegt wohl darin, daß man das Stück Land, das man dem Mieter zur Verfügung stellen möchte, selbst bebaut und darauf mehr erzielt als ein eventuelles Vermieten der Wohnungen einbringen würde. So sehr man das vom geschäftlichen Standpunkte aus begreiflich finden könnte, so sehr müssen wir uns aber dagegen wenden, daß man mit der Volksgesundheit aus rein geschäftlichen Gründen Schind-luder spielt und ein Zusammenpferchen von vielen Menschen in enge und ständige Wohnungen zuläßt, während gute und größere Wohnungen mit Bechtigkeit bewohnbar gemacht werden könnten. Es wäre eine dankbare Aufgabe für unsere Gemeindevorsteher, gerade auf diesem Gebiete Ordnung und Aenderung herbeizuführen.

Aus dem deutschen Osten.

Zur Stillelegung der Schichauwerke.

In der „Eisinger Zeitung“ (die Eisinger sozialdemokratischen Zeitungen sind letzter Tage leider ausgeblieben) schreibt ein Arbeiter zu dem Gewaltakt des Herrn Carlson:
Wir sind von der Schließung der Schichauwerke völlig überrascht worden. Wir hatten nicht die geringste Ahnung davon und konnten sie auch nicht haben, weil am Montag früh 8 Uhr die Kommission ihre Schlußsitzung abhalten sollte, zur Ausdeutung und Festlegung von Einzelheiten des Schiedsspruchs. Am Sonnabend hatte sich die Kommission über den Begriff der angelesenen, ungelernen und gelernen Arbeiter geeinigt; es lag also kein Anlaß dafür vor, daß die heutigen Beratungen nicht ebenso verständnisvoll verlaufen würden. Statt dessen wurden unsere Führer heute morgen um sechs Uhr aus den Betten geholt mit dem Ersuchen, die Arbeiterschaft vor Unbesonnenheiten zu bewahren. Wir mußten im ersten Augenblick nicht, was wir sagen sollten. Und dann: Welch ein Widerstand! Der Belagerungsgeist verbietet uns, in Versammlungen zu den Arbeitern zu sprechen und sie aufzuklären. Und jetzt heißt man uns sogar aus den Betten, damit wir zu den Arbeitern reden, und noch dazu auf offener Straße.

Man möchte die ganze Angelegenheit gern als eine politische Sache unsererseits betrachten. Das trifft nicht zu. Wir unterscheiden scharf zwischen Gewerkschaften und politischer Partei. Unsere Gewerkschaftssekretäre würden es sich sehr verbitten, wollten die Parteisekretäre sich in ihre Angelegenheiten mischen. Das Betriebsratsgesetz ist untr. Dach und Fach. Würde es bei dieser Sachlage nicht angebracht gewesen sein, vor Durchführung einer so tiefgreifenden Maßnahme, wie es die Schließung der Schichauwerke ist, den Betriebsrat zu hören oder sich mit ihm in Verbindung zu setzen? Die Sache war aber so fein eingedebelt, daß weder der Betriebsrat, noch die Betriebsbeamten etwas davon mußten, daß sogar ein Teil der höheren Fabrikbeamten von verschlossenen Türen überrascht wurde.

Was nun die den Arbeitern zum Vorwurf gemachte Arbeitsunlust anlangt, so muß betont werden, daß die Schichau-sche Arbeiterschaft die Affordbedingungen reiflos, und zwar mit ziemlich großer Mehrheit angenommen hat, obwohl sie noch keinerlei Garantie für ihre Durchführung in Händen hatte. Das Hauptverbrechen für die Arbeitsunlust liegt in der Organisation. Die Schichauwerke besitzen zwar den antreibenden, nicht aber den organisatorisch befähigten Meister. Die Arbeitsteilung ist nicht so geregelt, daß ein Mann ins andere greift und dadurch ein Hand-in-Hand-Arbeiten erzielt wird. Diese mangelnde Organisation, das zweifelhafte Arbeiten machte die Arbeiter arbeitsunlustig. Die Firma Schichau gibt selber zu, daß nur ein Teil der Arbeiter arbeitsunlustig ist. So hat Oberingenieur Roth von den Schichau-werken im Arbeitsministerium, als unsere Angelegenheit dort geschickelt werden sollte, ausdrücklich angegeben, daß sich die Arbeitsunlust nur auf einzelne Personen erstreckt.

Entwendungen haben wir stets mit aller Schärfe verurteilt und werden sie auch in Zukunft so beurteilen. Wir haben den Schichauwerken erklärt, daß Entwendungen ohne weiteres einen Entlassungsgrund darstellen.

In der Meisterfrage sind wir weiter gegangen, als der Schiedsspruch besagte. Nach dem Schiedsspruch sollten sieben Meister wieder eingestellt werden. Die Firma Schichau hat neun Meister wieder in die Betriebe gebracht. Wir haben uns dem nicht widersteht.

Uns lag daran, die Sache zum Abschluß zu bringen. Wir haben infolgedessen dem Abkommen zugestimmt, obwohl wir einsehen mußten, daß eine Anzahl Arbeiter nach den neuen Lohnbestimmungen weniger verdienen, als ihr nach dem alten Tarif zuzukommen. Wir sind der Meinung, daß die Schichauwerke — nicht wir — die Angelegenheit zu einer politischen Stempelung wollen. Eising wird Grenzstadt, gelangt in einen verlorenen Winkel, und Lärms er-gibt sich alles andere für die Firma von selbst.

Wie lange die Eisinger Schichauwerke geschlossen werden? Wir sind leider der Ueberzeugung, daß die arbeitslose Zeit sehr lange dauern wird. Die Arbeiterschaft kämpft um ihr Dasein. Sie kann, trotzdem sie weitestens Entgegenkommen zu den gewillt ist, von manchen Punkten nicht ablassen.

Di. Eising. Die Auflösung des Arbeiterrats ist auch hier erfolgt. Am Donnerstag abend fand die Schlußsitzung statt. Bekanntlich ist im Friedensvertrag festgelegt, daß spätestens 14 Tage nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages alle Arbeiterräte Deutschlands, sofern sie noch in einer Gegend des Ab-stimmungsgebietes vorhanden sind, aufgelöst werden müssen. Der Vertrag ist am 10. Januar unterfertigt worden, also hat die Frist des Bestehens des Arbeiterrats am 24. d. Mts. ab. Zur letzten Sitzung waren außer dem Vorsitzenden 16 Mitglieder in Sitzungssaal des Rathauses erschienen. Zur Kennzeichnung der erfolgten Auflösung unterzeichneten sämtliche anwesenden Arbeiterrats-Mitglieder das Schlußprotokoll.

Lokales.

Dauerredaktionen im Stadtparlament.

Die von ganz links nehmen die dunkelsten Farben von ihrer Palette und malen sorgfältig — Strich um Strich — das Schreckbild des preussischen Militarismus. Das läßt die von ganz rechts und die weniger scharf Gezeichneten nicht ruhen und sie singen ihren geschiedenen Herzgebrütern im heiligen Reich ein jubelndes Hosanna. Je heftiger die Spilltauge von links verschärft wird, umso tiefer können die „Pfeile“ aus den deutschnationalen Männerbrüsten heraus. Wer steht einer von ihnen auf und schlägt einen Ankerstrang für die Herren Offiziere und ihre Soldaten, dann glängen die Keulein, und die „Debasol“ und der „Tölpel“ Deifall wollen kein Ende nehmen!

Kindliche Politik auf beiden Seiten! Man verschwendet die Kraft in Stundenlangen nutzlosen Redefächeln und hindert die Kräfte, die arbeiten wollen, um die Stadt aus ihrer wirtschaftlichen Völlage herauszubringen, die Hände nutzbringend zu regen. Mit einem Neuparlament ist uns nicht geholfen. Wir wollen Taten sehen, und umfomehr Taten, als wir fast ein volles Jahr länger auf die Auskehr des verrotten Dreiklassenstems warten mußten als unsere Väter in der deutschen Republik. Monarchistische und antimonarchistische Dauerreden bringen uns kein Brot, helfen uns nicht aus der im erschreckenden Maße steigenden Arbeitslosigkeit und bauen auch keine Häuser für die tausenden Wohnungsbedürftigen, denen hungert nach dem eigenen Heim. Durch Strukturfragen, durch behauptetes Stundenlänges Abschweifen von der Tagesordnung schädigt man nur den wirtschaftlichen Wiederaufbau unserer Stadt, der in den Sitzungen des Stadtparlaments seinen Ausdruck finden soll. Und dort wird man erst recht nicht damit ernten. Im Gegenteil. Der ruhig und sachlich denkende Teil der Danziger Arbeiterschaft und mit ihm auch ein großer Teil des Bürgertums wird sich sehr bald seine Schädlinge merken. Zeigt sich das nicht eher, so zeigt es sich mindestens, wenn wir mit dem Wohlgettel in der Hand wieder an der Urne stehen. Dann werden die schwarz-weiß-roten Schrapnell und ihre unabhängigen Wählerbeispiele vergeblich an die Türen klopfen. Dann wird man erkannt haben, daß der Willen zur tätigen Arbeit in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei gelebt hat und immer leben wird.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung war die längste, die der weiße Egal seit langer Zeit wohl gesehen hat. Als die Presse nach nahezu siebenstündiger Tätigkeit — um 1/11 Uhr nachts — die Berichterstattung einstellte, war etwa die Hälfte der Tagesordnung erledigt. Nachdem auf Antrag unserer Fraktion — trotz Widerspruch der Unabhängigen — vor einem bei den Bürgerlichen stark gelächelten Saale die Anträge über Erwerbslosenunterstützung vor den übrigen Tagesordnungspunkten erledigt wurden, fand um 11 1/2 Uhr ein Vertagungsantrag Annahme.

Den genauen Sitzungsbericht werden wir morgen veröffentlichen. Heute sei nur das Wesentlichste aus der Tagung hervorgehoben.

Der durch Kahn begründete Antrag der unabhängigen-sozialistischen Fraktion um Einsetzung einer provisorischen Regierung wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt. Dafür fand Annahme der Gegenantrag des Stadtparlamentes, Zeitungverleger Fuchs I., baldmöglichst an den Oberkommissar der Entente um Ausschreibung der Wahlen für den Freistaat heranzutreten.

In den Beratungen zum freistaatlichen Wirtschaftsausschuss wurden gewählt die Genossen Keel und Kahn, von den bürgerlichen Fraktionen die Stadtverordneten Caspel, Eisler, Fuchs II, Fuchs III und Lange und der Pole Praducki.

Zur Lösung der Wohnungsknot machte Genosse Keel in längerem Ausführungen wertvolle Angaben, während Genosse Karschewski auf eine Unterkunftsfrage des Magistrats hinwies, der es verläumt, ja abgelehnt hat. Baumaterialien von der Verteilungsgesellschaft anzukaufen, die ihm in großer Menge und zu billigen Preisen angeboten worden waren.

Lebhafte Debatten entbrannen über den Magistratsantrag, der Krankenunterstützungskasse der städtischen Beamten zur Deckung eines Defizits 1500 Mk. zu bewilligen. Die Abstimmung über den Antrag erachtete die Mehrheit — 28 zu 28 — so daß die Stimme der Versammelten entschied. Der Stadtparlamentarische Brunzen I. der vertretungsweise den Vorsitz inne hatte, stimmte für Annahme des Antrages.

Die Ansprache über die Sicherheiten der Versicherung im Uferlande. Sie wurde durch eine scharf gewürzte Dauerrede Mars herausgeschoben.

Bei der Wahl der unbefohlenen Stadträte waren von 51 abgegebenen Stimmen 10 ungültig. Es wurden gewählt von unserer Partei die Genossen Nagowski und Woll, von den Unabhängigen Weikner und Raube, von den Demokraten die bisherigen Stadträte Graun und Neumann, von der F. W. P. Stadtrat Ernst und Zeitungverleger Sigda, Fuchs I, vom Zentrum Weinhändler, Stadtr. Fuchs II und Gewerkschaftssekretär Krause, von den Deutschnationalen die bisherigen Stadträte Karow und Knochenhauer und der Stadtparlamentarische Brunzen I. Die Polen brachten nach einem gescheiterten Versuch, den Stadtparlamentarischen Brunzen II zur Wahl zu stellen, den Rechtsanwalt Dr. Hedmer durch.

Die Hände an die Hosennäht!

Von einem ungläublichen Vorfall erhalten wir Kenntnis: Am 27. Januar, 4 30 Uhr morgens, kam der Hauptmann Braun und der Leutnant Pilschow in Begleitung mehrerer Personen, in stark angetrunkenem Zustand singend und lachend die Große Gerbergasse hinunter. Mehrmaliger Aufforderung eines Bürgerwehrmannes, ruhig zu sein, leisteten sie nicht Folge. Fünf weitere Bürgerwehrliebe, die auf das Kommando herbeigeeilt waren, wurden durch die beiden Anführer, trotz mehrmaliger Aufforderung, ruhig zu sein, aufs geblödeste beschimpft.

Ihre Charakteristika und sozialdemokratischen Schweißspuren — hebräisch die Bürgerwehr — jetzt löst ihr den englischen und Polakentanz nach u. d. waren die Ausdrücke, mit denen sie ihre Bildung — befehlensweise in ihrer Stellung in Ehrpacht — dokumentierten. Auch versuchten sie die Bürgerwehrliebe mit Spagatstücken zu mißhandeln und waren die Schläger abzurufen.

Herr Braun äußerte sich: „Ihr setzt euch in die Presse, ich reißt euch die Schläger ab!“ Herr Hauptmann Braun drohte eine Kompanie Soldaten alarmieren zu lassen. Während der Feststellung der Personaldaten erging es sich fortgesetzt in beleidigenden Worten wie: „Ihr Soldaten, ihr Schweine, ihr Schmutz, ihr Schmutz!“ und noch andere Worte. Nach Feststellung der Personaldaten wurden die beiden würdigen Vertreter des Offiziersstandes entlassen. Beim Verlassen der Wache versuchte Herr Braun in die gegenüberliegende Polizeiwache einzutreten. Dort wurde er hin-

ausgewiesen. Er kam zu Fuß. Braun verließ nicht ingetieft das Präsidium, sondern schimpfte und jektete im Fluor vorer. Schließlich führten zwei Mitglieder den betrunkenen Hauptmann Braun hierauf zur Arim-Abteilung; hier beleidigte er den diensthabenden Beamten.

Inzwischen rühte St. Pilschow mit einer Abteilung Soldaten vom Hauptberg in Stärke von 80—100 Mann in voller Ausrüstung (Schäufeln, Gewehr, Seitengewehr, Patronentaschen) ins Polizeipräsidium.

Herr St. Pilschow war in Zivilkleidern, zog sich aber inmitten einen Militärmantel über und schaltete das Seitengewehr ab. Er drohte sämtliche Mitglieder der Bürgerwehr beschaffen zu wollen, wenn nicht gleich die Leute ausgeliefert würden, die den Hauptmann Braun festgenommen haben. St. Pilschow tat dabei die zweifelhafte vornehme Neuzierung, er würde alles zu Klopsfleisch zerhacken. Sein ganzes Benehmen war überhaupt sehr laut und renitent. Ein großer Teil der Soldaten suchte nun in der Nachtstube nach den Mitgliedern der Bürgerwehr und bebrängten sie fort.

Sie wurden von den Soldaten schwer mißhandelt.

Ein Sergeant äußerte, die Bürgerwehr stände im Dienste der Kaufmannschaft, und hätten keine Berechtigung, Ordnung zu schaffen usw. — Auch äußerten und drohten die Soldaten, am folgenden Abend wieder herkommen zu wollen. Erst als Herr Pilschow, Inspektor Wieland auf der Wache erschienen, gelang es, den St. Pilschow zu beruhigen. — Gegen die beiden Heilmittel ist Strafantrag gestellt worden.

So geschah im Jahre des Heils 1920 zu Danzig an dem Tage, an dem man vor der Novemberwölche eines gewissen Mannes Geburtstags in ähnlichen „Vergewaltigungen“ zu feiern pflegt. — Am selben Tage aber schloß sich im Stadtparlament der Deutschnationalen Philippen beraten, einen Lobgesang auf das „heldenhafte Offizierskorps“ zu singen.

Zur Lohnbewegung der Schichauwerft!

In der Lohnstreitfrage bei Schichau fällt der Schlichtungsausschuss am Sonnabend, den 24. Januar 1920 folgenden Schlichtungsbescheid: Es sollen von Lage der Verdrängung des Schlichtungsbescheides (24. Januar) im Falle der Annahme durch die streikenden Parteien folgende Lohnsätze gelten:

Kolonnenführer, Vorarbeiter, Spezialisten	2,70 Mk. pro Std.
Gelernte Arbeiter, Mehrzahl	2,60
Gelernte Arbeiter, Minderleistungsfähige	2,40
Ausgelernte bis zum 20. Lebensjahr	2,20
Angelernte Arbeiter, Mehrzahl	2,50
Angelernte Arbeiter, Minderleistungsfähige	2,40
Ungelernte Arbeiter über 20 Jahre	2,20
Jugendliche 17 bis 18 Jahren	1,80
Jugendliche 16 bis 17 Jahren	1,60
Jugendliche 15 bis 16 Jahren	0,75
Jugendliche unter 15 Jahren	0,55

Die sonstigen Vereinbarungen, die zwischen den Organisationen zustande kamen, über Aufnahme der Arbeit, Ueberstunden usw. wurden von beiden Parteien ohne Verhandlung gutgeheißen. Die Arbeiterschaft hat in einer Betriebsversammlung am Sonntag, den 25. Januar diesen Schlichtungsbescheid mit Mehrheit angenommen. Bis zum Sonnabend, den 31. Januar haben diese Parteien zu erklären, ob sie den Schlichtungsbescheid annehmen.

Wurden kein Kartostein. Buzzeit sind die Zukuhren an Kartostein sehr gering. Mit einer Verringerung der Anlieferung dürfte erst zu rechnen sein wenn das politische Uebergangsstadium in dem wir uns befinden, beendet ist und wieder feste Verhältnisse eingetreten sind. Unter diesen Umständen muß leider damit gerechnet werden, daß zeitweise die öffentliche Versorgung mit Kartostein ganz aufhört. Man fühlt sich nun verpflichtet, die Bevölkerung nochmals nachdrücklich darauf hinzuweisen, ihren Bedarf mit Vorkauf, die beim städtischen Großmarkt immer noch in beliebiger Menge zu haben sind, zu decken und auf diese Weise, wenn irgend möglich, selbst eine kleine Kartosteinreserve zu schaffen. Nebenbei gesagt, werden Wäulen binnen kurzem teurer werden. Wer hat nun die Schuld, daß für Danzig ein neuer Wäulenwinter 16/17 anhebt?

Die Schornsteinfegergebühren. Unter dem Vorsitz des Stadtrats Dr. Fellner fand gestern im Sitzungssaal der Stadtkassendirektion eine Sitzung statt, an der Vertreter der Schornsteinfeger-Vereine, des Hausbesitzervereins und des Mietersvereins geladen waren. Es handelt sich um eine Besprechung über die Schornsteinfegergebühren. Die Höhe der Schornsteinfegergebühren sind aus Anlaß der Geldwertminderung gestiegen. Die Schornsteinfegermeister haben ihre Gebühren entsprechend erhöht und die Zahlungen der Hausbesitzer konnten nicht in gleichen Maße. Die Gebührenerhöhung sollen die Mieter übernehmen. Ueber diesen Gang waren sich die Beteiligten grundätzlich einig. Es wurde dann weiter über die Durchführung verhandelt. Die Gebührenerhöhung müsse eine Grenze haben. Die Einkünfte zwischen Hausbesitzern und der Schornsteinfeger-Vereinegenossenschaft ist noch nicht ganz durchgehend, aber wird nicht immer in vollem Maße. Vom Polizeipräsidenten sind Richtpreise veröffentlicht, die eine weitere Erhöhung bedeuten. Man wünschte nun einen einheitlichen Anzeigermarkt über den nicht hinausgegangen werden dürfe. Die Mieter sollen auch nur in dieser Höhe herangezogen werden. Die Art der Verteilung wurde erörtert. Es wird vielleicht eine Verordnung erlassen werden, die diese Uebernahme der Gebührenerhöhung auf die Mieter ebenfalls regelt, wie die Uebernahme der Gebührenerhöhungskosten. Schließlich wurde noch erörtert, ob der Bezirk eingeklärt werden sollen oder nicht. Die Verhandlungen sollen in einer ferneren Sitzung weitergeführt werden.

Freie Handelskammer für Genossenschaft und Lebensmittel. Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft (Handelskammer) hat bei dem Regierungspräsidenten und stellv. Oberpräsidenten als derzeitigen Vertreter der Freihand Danzig den Antrag gestellt, die Verhandlungen, die die Gründung der Genossenschaft mit Lebens- und Nahrungsmitteln, Arzneimitteln, Luxuswaren, Wein- und Spirituosen von einer besonderen Erlaubnis abhängig machen, auch in Danzig zu setzen und die Handelskammerstelle aufzuheben.

Sozialistische Proletariat-Jugend. Am Sonntag, den 29. d. Mts., abends 7 Uhr, in der Maurerherberge, Schöpfelmann 28. Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt.

Schichau.

Städtische Theater Sängerkreis. Die Töne des leichten Wohlwollens der Artisten, die — wenn es gilt — in Zeiten der Not und Gefahr fest zu einander stehen, ist das Leitmotiv des hierzulandigen Sängerkreises. Unterstützt von seinen Schreibern hat der Kreis alle Witznisse, und erlaubt den Großen als einen von der Polizei gelächelten Verbrecher. Zum Schluß läßt sich das liebende Paar gelüßt in die Lüne. — Gopold von Bedeür gibt einen famolen verblödeten Schachler und bewirkt den schließlichen Einbruch des Trumo

Kastner in den Diebstehlen mocht, die durch ihre Gemächtheit und Günstigkeit überleben und wirken. — In dem zweiten Akt „Der Frauenpostulant“ liegt der Reiz weniger in der Handlung als in der Fülle reizvoller Bilder voll südländischer Schönheit, die das herrliche Talmauten mit seiner wunderbaren Dekorationen hergibt.

Aus dem deutschen Osten.

Denkmal. In der am 26. d. Mts. stattgefundenen Bezirksversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes referierte zum 1. Punkt der Tagesordnung Parteigenosse Tomrose-Elba über: Wenn es keinen Gott gibt, was dann? In seinem Vortrag verglich er den Montheismus — Eingottglaube — mit dem Pantheismus — die Allgottlehre. Aussagen aus der Mitte der Versammlung über das „Gedächtnis“ wurden dem Redner gegenübergestellt. Nichts ist ewig, weder die Natur, noch im Menschenleben, ewig ist nur der Wechsel, die Veränderung.

Ohra. Verein Arbeiter-Jugend. Am Donnerstag, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen eines jeden Mitgliedes.

Polizeibericht vom 27./28. Januar 1920. Verhaftet: 22 Personen, darunter 14 wegen Diebstahls, 2 wegen Schlechthandels und unerlaubten Waffentragens, 1 wegen Erpressung und 5 in Polizeihaft. — Gefangen: 1 schwarze Geldscheintasche mit 185 Mk. und Papieren für Paul Karfusch, abzuholen aus dem Fundbüro des Polizeipräsidenten; 1 Bernsteinkette, abzuholen von Ernst Kofschinski, Tobiasgasse 16; 1 goldenes Kettenarmband, abzuholen von H. Gutwill, Posadowstweg 1 L. — Zugelassen: 1 gelber Braunhund mit Halsband ohne Marke, abzuholen von Bruner Schlacht, Plappergasse 1.

Wasserstandsnotizen am 28. Januar 1920.

Ort	gestern	heute	Ort	gestern	heute
Thorn	4,95	4,95	Dielau	6,50	6,56
Fordon	4,84	4,84	Dielau	6,36	6,74
Culm	5,18	5,18	Einlage	3,98	3,40
Graben	5,42	5,42	Schlewenhorst	3,24	3,19
Kurzebrack	5,99	5,45	Waldsee	0,02	0,06
Montorfspitze	6,27	5,68	Anwachs	1,00	0,99

Standesamt.

Todesfälle: Inwalde Heinrich Hellwig, 72 J. 4 M. — Tochter des Reichwehrrmanns Karl Leddeker, 12 M. — Tochter des Maschinenschlossers Bruno Strauch, 16 J. 6 M. — Witwe Marie Kind geb. Schönfeldt, 62 J. 7 M. — Tochter des Sattlers und Tapezierers Ernst Raabe, 12 M. — Sohn des Schneiders August Riechle, 4 M. — Ladierer Friedrich Ridel, 47 J. 10 M. — Witwe Alwine Wegling geb. Runarsh, 67 J. — Schneidermeister Peter Jatzewski, 87 J. 2 M.

Aus dem Freistadtbezirk.

Freistadt. In der Stadtverordnetenversammlung wurde das bisherige Bureau wiedergewählt. Vorsteher ist Ouischewer Polmann. Die verschiedenen Verwaltungen wurden durch Zuwahl aus der Bürgererschaft verstärkt. Katsmann, prokl. Nr. 2 in I dessen Amtszeit abkürzt wurde wiedergewählt. Dem Heimatbund Posener Flüchtlinge wurde eine Beihilfe gewährt. Die städtischen Archivalien sollen vorläufig weiter im Staatsarchiv in Danzig aufbewahrt bleiben.

Freistadt. Zu nach § 1 des Anhanges zu Artikel 88 des Friedensvertrages binnen einer Frist von vierzehn Tagen nach Inkraftsetzung des Friedensvertrages die noch im Kriegsmunitionsgebiet, bestehenden Arbeiterkräfte aufzulösen. Hat sich der hiesige Arbeiterrat gemäß einer Verfügung des Reichsausschusses gelöst. Während seiner einjährigen Kontrollzeit hat er nur 254 Mark Kosten verursacht, die hauptsächlich durch Reisen entstanden sind, da die Mitglieder ehrenamtlich ihre Kontrollarbeit ausgeübt haben.

Wahlrecht. In der Sitzung des Kreisrates für den Wahlbezirk Freistadt wurde beschlossen, den jetzigen kommissarischen Landrat Grottel u. Bühl der Regierung für die endgültige Besetzung des Landratsamtes vorzuschlagen. Wie die meisten Beschlüsse des Kreisrates wurde auch die Wahl des Landrates mit 19 deutschen gegen 11 polnischen Stimmen vollzogen. Damit ist das Verhältnis von zwei Dritteln Deutschen zu ein Drittel Polen festgelegt, das seit Jahrzehnten den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, sich auch bei der Kreisratswahl im Frühjahr 1919, trotz aller politischen Propaganda nicht verschoben hat.

Aus Polen.

Ein neuer Hauptmann von Czenstochau

Aus Neu-Weißwasser wird uns folgendes zum Ausdruck gebracht: Am 22. d. Mts. wurde dem in Freistadt allgemein bekannten Schlichter Samorh auf dem hiesigen Bahnhof ein großer Raket — angeblich 6000 Mark in Silber- und Goldmünzen — vom hiesigen Arbeiterrat im Verein mit der Polizei beschlagnahmt und auf der Stadthauptkassette niedergelegt. Auf Ersuchen des Samorh gab Oberleutnant Sijger von der hier stationierten Grenzschutzkompanie 5./3. R. 88 dem Gauner eine Abholung von circa 18 Mann mit einem schriftlichen Befehl mit. Der Schlichter zog mit dieser Massenmacht ins Rathaus, was durch die Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr das Rathaus besetzten, und zwang unter Androhung von Waffengewalt über den Kassenschatz sowie mit Handgranaten besprengt werden, um dem Raketenbeamten die Herausgabe des beschlagnahmten Gegenstands. Der Oberleutnant Sijger hat dem Ersuchen des Gaublers ohne weiteres nachgegeben, ohne sich mit der zuständigen Polizeigewalt vorher ins Einvernehmen zu setzen. Auch der im Rathaus befindliche Polizeikommissar zeigte sich ohne weitere Prüfung den Anordnungen der Massenmänner nach. Dabei wurde ein Mann in der Nacht den Beginn einer Militär-Diktatur oder nur eine neue Lage, wobei die Rolle des Befehlshabers Oberleutnant Sijger spielte. So geschah am Freitag, den 23. Jan. 1920, 8 Uhr nachmittags.

Verantwortlich für den politischen Teil Ernst Späthel, für den unpolitischen Teil Georg Schmidt und die Unterhaltungsbeilage Kurt Schumann, für die Inserate Bruno Ewert, sämtlich in Danzig, Druck und Verlag J. Gehl & Co. Danzig.

Ablieferung der belieferten Bezugscheine durch die Kartoffelhändler.

Kartoffelhändler, welche im Besitz von belieferten Kartoffelberechtigungscheinen sind, haben dieselben bis spätestens 31. 1. 1920 der städtischen Kartoffelstelle, Lastabie 35 b 11 einzureichen. Die Scheine müssen links unten mit laufenden Nummern versehen sein. Eine Liste, enthaltend laufende Nummer, Name, Personen- und Zentnerzahl (letztere am Schluß aufaddiert) ist beizufügen.

Nur zum Teil belieferte Berechtigungscheine sind mit einem Vermerk über die gelieferte Menge zu versehen und müssen gleichfalls in der Liste aufgeführt sein. Den Inhabern dieser Scheine ist an Stelle des selben ein Zettel als Ausweis zu erteilen, enthaltend laufende Nummer, Name und Zahl der nicht belieferten Zentner.

Danzig, den 27. Januar 1920.
Der Magistrat. (281)

Umtausch von Bezugscheinen gegen Kartoffelkarten.

Haushaltungen, deren Kartoffelberechtigungscheine ganz oder zum Teil unbeliefert sind, können auf Belieferung durch städt. Händler wegen der ungenügenden Zufuhr nicht mehr rechnen. Die ganz unbelieferten Scheine sind von dem Händler, bei dem der Winterbedarf angemeldet ist, zurückzufordern und der städt. Kartoffelstelle, Lastabie 35 b 11 zum Umtausch gegen laufende Karten einzureichen. Für teilweise belieferte Scheine erteilt der Händler Ausweise, die ebenfalls auf der Kartoffelstelle vorzulegen sind.

Danzig, den 27. Januar 1920.
Der Magistrat. (282)

Ablieferung d. Milchkartenabschnitte.

Die Milchhändler haben die Abschnitte der jetzt zur Ausgabe gelangten Milchkarten bis spätestens den 30. Januar mittags 12 Uhr in der Molkerei-Abteilung, Töpfergasse 33, einzureichen.

Danzig, den 27. Januar 1920.
Der Magistrat. (283)

Die Kosten für die Krankenbeförderung innerhalb der Stadt durch die städt. Krankenwagen werden vom 1. 2. 1920 an auf 20. - M. festgesetzt. Bei Beförderungen ohne Begleitmannschaften auf 16. - M.

Die Kosten von außerhalb betragen 6. - M. für den Kilometer, bei Landwegen wird noch ein Zuschlag von 2. - M. für den Kilometer erhoben. Der Mindestsatz für Beförderungen von außerhalb beträgt jedoch 40. - M.

Danzig, den 23. Januar 1920.
Der Magistrat. (280)

Oliva.

Ausgabe von Milchzusatzkarten.

Von Donnerstag, den 29. bis Sonnabend, den 31. d. Mts. findet im Lebensmittelamt die Ausgabe von Milch-Zusatzkarten wie folgt statt:

Donnerstag, den 29. Januar 1920.
Ausweisnummern: 100-315, 732-1150, 1637-1900, 2383-2604.

Freitag, den 30. Januar 1920.
Ausweisnummern: 316-520, 1151-1450, 1901-2152, 2605-2800.

Sonnabend, den 31. Januar 1920.
Ausweisnummern: 521-731, 1451-1636, 2153-2382, 2801-3047.

Die Ausgabe erfolgt am 29. und 30. d. Mts. in der Zeit von 8^{1/2} Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, am 31. d. Mts. von 8^{1/2} Uhr vormittags bis 12^{1/2} Uhr mittags.

Wir weisen darauf hin, daß der schnelleren Abfertigung des Publikums wegen, die vorstehenden Ausgabezeiten unbedingt einzuhalten sind. Die Karten sind sofort im Lokal nachanzuholen. Spätere Reklamationen können nicht berücksichtigt werden.

Bemerkt wird noch, daß auf Milch-Zusatzkarten kondensierte oder sterilisierte Milch verabfolgt wird.

Anspruch auf Milch-Zusatzkarten haben nur diejenigen Haushaltungen, in denen sich Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahre und Personen über 60 Jahre befinden.

Oliva, den 27. Januar 1920.
Der Gemeindevorsteher. Der Arbeiterrat.
J. B. Scheffler. Ostrowski.

Umtausch der Milch- und Seifenkarten.

Von Donnerstag, den 29. bis Sonnabend, den 31. d. Mts. findet im Lebensmittelamt der Umtausch der Milch- und Seifenkarten wie folgt statt:

Donnerstag, den 29. Januar 1920:
Ausweisnummer 100-315, 732-1150, 1637-1900, 2383-2604.

Freitag, den 30. Januar 1920:
Ausweisnummer 316-520, 1151-1450, 1901-2152, 2605-2800.

Sonnabend, den 31. Januar 1920:
Ausweisnummer 521-731, 1451-1636, 2153-2382, 2801-3047.

Der Umtausch erfolgt am 29. und 30. d. Mts. in der Zeit von 8^{1/2} Uhr vorm. bis 2 Uhr nachmittags, am 31. d. Mts. von 8^{1/2} Uhr vorm. bis 12^{1/2} Uhr mittags.

Wir weisen darauf hin, daß der schnelleren Abfertigung des Publikums wegen, die vorstehenden Ausgabezeiten unbedingt einzuhalten sind. Die Karten sind sofort im Lokal nachanzuholen. Spätere Reklamationen können nicht berücksichtigt werden.

Oliva, den 27. Januar 1920.
Der Gemeindevorsteher. Der Arbeiterrat.
J. B. Scheffler. Ostrowski.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Mittwoch, den 28. Januar 1920, abends 8 Uhr
Dauerkarten D 1.
Die luftigen Weiber von Windsor
Komisch-phantastische Oper in 3 Akten von Nicolai.
Donnerstag, den 29. Januar 1920, abends 8 Uhr
Dauerkarten E 1.
Madame Butterfly
Tragödie einer Japanerin von S. Mita u. G. Giacosa.
Musik von Giacomo Puccini.
Freitag, den 30. Januar 1920, abends 8 Uhr
Dauerkarten A 2.
Hänsel und Gretel
Märchenoper in 3 Bildern von Adelheid Wette.
Musik von Engelbert Humperdinck.
Sonnabend, den 31. Januar 1920, abends 8 Uhr
Dauerkarten B 2.
Die Raschhoffs
Drama in 5 Akten von Hermann Sudermann.

Wilhelm-Theater

Besitzer Kommissionsrat Hugo Meyer.
Bühnenleitung Willy Kolmann.
Mittwoch, den 28. Januar, abends 6^{1/2} Uhr:
„Moderne Eva“
Operette in 3 Akten von Gilbert.
Donnerstag, den 29. Januar, abends 6^{1/2} Uhr:
Der Tanzanwalt
Vaudeville in 3 Akten von Pordes Milo und E. Urban. Musik von Walter Schätt.
Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr bei Bruno Kodlin, Langermarkt 23.
Vorverkauf benutzen!

Künstler-Spiele Danziger Hof

Hotel Danziger Hof - Eingang Dominikswall 6
Dir.: Alex Braune Art.-Leit.: Emil Wehrhahn
Der selige Octav.
Berti Weingart, Eise Saldern, Elzita Schläter-Grünitz, Ludwig Wolff-Scheela, Fritz u. Bobbi Link, Lotte Kaiser, Lore Landau u. Knut Olsen, Loia Gray.
Kapellmeister Steffi. Am Flügel Bubi der II.
Jeden Nachmittag 4 Uhr-Tee - Künstlerstube.

Im Kaffee Konietzko



gastiert
Opernsänger
OTTO LEMKE. (85)

Petrishule - Singsaal
Donnerstag, den 29. Januar, abends 7 Uhr
Vortrag v. W. Domrose
Der Tod und was dann?
Eintritt frei! Aussprache!
Deutscher Monistenbund
Ortsgruppe Danzig. (267)

Institut für Zahnleidende
Erich Mewald & Dr. med. Reinberger
Spezialist für Zahn- | Spezialarzt für Zahn- u.
ersch. | Mundkrankheiten.
Pfefferstraße 711. | Telefon 2621.
Sprechzeit v. 8-7 Uhr, Sonntags v. 9-12 Uhr.
Zahnersatz in Ia Kanischak und Gold in höchster technischer Vollendung. Zahnfüllungen usw. zu der bekannt möglichsten Kostenberechnung.
Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Bei Bestellung künstlicher Zähne, Zahnziehen kostenlos.
Spezialität: (209)
Patent-Reform-Gebiß (D. R. P. 200603) plattenlos.
Behandlung v. Answürigen mögl. in einem Tage

Kosmos-Abreiß-Kalender
1.9.2.0
Preis 4.40 Mark
Buchhandlung „Volksstimme“
Am Sp. haus 6 - Filiale: Paradiesgasse 3

Destillier- u. Brennereiapparate
Automobilkühler, Warmwasserbereiter,
Neuausführungen in Kupfer, Messing (181)
und Eisen, preiswert.
Apparate-
bauanstalt von **Gustav Ploeki, Ingenieur**
Danzig, Schüsseldamm 11, Telephon 3889.
Übernahme sämtlicher Reparaturen zu soliden Preisen.

Mit Fada nur allein
wird die Wäsche blütenrein



F * A * D * A
das ideale Seifenpulver
mit Sauerstoffzusatz

NEEDSBRATON DIX & CO. DANZIG

Bekanntmachung.

Silbergeld zahle 8 fach
Goldgeld zahle für M. 20. — **290,—**

Neufeld, Gr. Wollwebergasse 20
Goldschmiedegasse 26
Telephon 1749. (284)

Korsetts
aus guten Stoffen
besonders billig.
Toska Gunkel
9 Kohlenmarkt 9
gegenüber d. Stadttheater.
Füllten in vielen Größen.
Nähmaschinen
Bettgestelle
Kinderwagen
Reiterwagen
kaufen Sie am vor-
teilhaftesten bei 18260
Bernstein & Comp.,
Danzig, Danzigsasse 50.

Offene Beinleiden,
Krampfadergeschwüre,
alte Wunden, die
nicht heilen wollen
werden sicher u. schmerzlos
geheilt durch
Draefels Heilöl,
seit altersher als
Wunderöl
bekannt und angewendet.
Schachtel Mk. 3.—
Fabrikant und Vertrieb
Apotheker Draefel, Erfurt.
Zu haben in Danzig in
der Engel-Apotheke u. der
Bahnhofs-Apotheke. (6024)

Vorsicht 
Frauen 
verlangen **Regelstörung**
bei
nur wirksame Spezialmittel.
Garantiert unschädlich.
Schreiben Sie vertrauens-
voll, wie lange Sie klagen.
Diskret. Versand Bischoff,
Hamburg I, Schloosenstr. 111
Es schreibt: Th. Sch. Er-
folg trat schon nach
4 Tagen ein; Ihr Mittel
ist sehr gut. E. B. Dank
für Mittel, welches zu
meiner Zufriedenheit war;
Wirkt nach 7 Tagen.

35 neue
emaillierte
Waldschiffeln
verschänke ich an be-
dürftige Kriegervitwen.
G. Ploeki,
Klempnermeister, (275)
Schüsseldamm 11.
Hühneraugen, Ballen,
hornhaut, Werten
werden schmerzlos, sicher u.
schnell beseitigt durch
Wils Hühneraugensalbe
Dose 3.— Mk.
Fabrikant und Vertrieb
Apotheker Draefel, Erfurt.
Zu haben in Danzig in
der Engel-Apotheke u. der
Bahnhofs-Apotheke (6022)
Kaufe jeden Posten
Zinn, Kupfer,
Messing, Zink und Blei.
Ploeki, Schüsseldamm 11.
Tel. 3889 (53)
Verlangen Sie die
„Volksstimme“
in den Gaststätten!

Für alte
Gold- u. Silbermünzen
zahlt die höchsten Preise
Dr. Jacobsohn, Uhrmacher und Juwelier,
Breitgasse Nr. 169.

Filz- Hüte
Velour-
für Damen und Herren
werden ausschließlich in unserer hiesigen Fabrik nach
neueren Formen bei sorgfältigster Ausführung
umgepresst,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhutfabrik
Hut-Basar zum Strauß
Annahmestelle
zur Lawendelgasse Nr. 6-7
(gegenüber der Markthalle). (8307)

Strassenverkäufer
für die
„Danziger Volksstimme“
wollen sich zu günstigen Bedingungen melden in der
Geschäftsstelle Am Spendhaus 6.
Lichtige Putz- Garniererrinnen
und **Zuarbeiterinnen**
suchen zum sofortigen oder baldigen Eintritt (276)
Walter & Fleck, Danzig.